



Kommentierung der Dialogfassung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Juli 2024

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. vertritt über 130 Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die sich in Niedersachsen mit ihrem Engagement für eine nachhaltige, global gerechte und friedliche Welt einsetzen. Wir verfolgen insbesondere die Anstrengungen in Deutschland, die 17 Weltnachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen mit großer Aufmerksamkeit und arbeiten in Niedersachsen und auf Bundesebene in zivilgesellschaftlichen Netzwerken zu diesem Thema. Insbesondere die Verbreitung von Wissen und Handlungsmöglichkeiten in der Bevölkerung rund um global nachhaltige Lösungen ist einer unserer Schwerpunkte. Daneben machen wir uns stark für die Perspektiven von Menschen aus dem globalen Süden, die dort oder hier in Niedersachsen für alternative Wege eintreten und Transformationen einfordern. Wir haben die für uns wichtigsten Anmerkungen in dieser Kommentierung gesammelt und in vier Themenfelder unterteilt.

1. Ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement

Wir begrüßen die Beteiligung von Verbänden auf Bundesebene an der Nachhaltigkeitsstrategie. Diese Einbindung ist essenziell für die breite Akzeptanz und erfolgreiche Umsetzung der Ziele. Allerdings fehlt weiterhin ein schlüssiger, ressortübergreifender Plan zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Nachhaltigkeit. Die neue Engagementstrategie des Bundes und die Nachhaltigkeitsstrategie sollten aufeinander Bezug nehmen und sich ergänzen, um Synergieeffekte zu nutzen und die Wirkung zu maximieren.

Migration als Chance sehen

Eine erhebliche Leerstelle in der Strategie besteht in der unzureichenden Thematisierung von Migration nach Deutschland. Migration wird im Text als Herausforderung dargestellt, jedoch nicht als Chance. Mittlerweile stützen z. B. Migrant*innen mit ihrer Lohnarbeit das deutsche Sozialversicherungssystem deutlich. Die Förderung selbstbestimmten Engagements von Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, kann neue Impulse für nachhaltige Lösungen bieten. Sie halten oft Kontakte zu ihren Herkunftsländern und fungieren als wichtige Brücken für die globale Zusammenarbeit. Daher fordern wir eine konkrete Förderung migrantischen Engagements, um das Potenzial dieser Gruppe für die nachhaltige Entwicklung zu nutzen.



Vernetzung und lokale Unterstützung von Engagierten stärken

Das Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit ist eine vielversprechende Plattform zur Vernetzung von Akteuren. Dennoch besteht weiterhin ein dringender Bedarf an regionalen und lokalen Institutionen, die engagierte Bürger*innen beraten und Prozesse begleiten. Um diese wichtige Arbeit langfristig zu sichern, sollten Bund und Länder eine feste Förderstruktur schaffen. Ebenso notwendig sind unkomplizierte, niedrigschwellige Mikroförderungen für lokale Maßnahmen. Diese Förderungen könnten über die Webseite des Gemeinschaftswerkes Nachhaltigkeit und die regionalen Institutionen bereitgestellt werden, um den Zugang zu finanziellen Mitteln zu erleichtern und die Umsetzung lokaler Projekte zu fördern.

Multi-Akteurs-Partnerschaften und Bildung für nachhaltige Entwicklung fokussieren

Wir befürworten den Ansatz von Multi-Akteurspartnerschaften, die nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch für Nachhaltigkeitskooperationen innerhalb Deutschlands genutzt und gefördert werden sollten. Diese Partnerschaften können innovative Lösungen hervorbringen und verschiedene Perspektiven vereinen. Die Bedeutung der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens wird in der Strategie hervorgehoben. Diese Bildungsansätze sind wesentliche Bausteine für die gesellschaftliche Mobilisierung. Es bedarf konkreter Umsetzungsplanungen, die aufzeigen, wie Menschen in ihrem Alltag mit diesen Bildungsangeboten in Kontakt kommen sollen. Ansätze, die über traditionelle Bildungsinstitutionen hinausgehen und Menschen in ihrem täglichen Leben erreichen, sollten stärker gefördert werden.

2. Gerechter Handel und gute Arbeitsbedingungen

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren signifikante Fortschritte im Bereich höherer Umwelt- und Menschenrechtsstandards erzielt. Wir begrüßen die Einführung von Sorgfaltspflichten für Unternehmen durch das deutsche und europäische Lieferkettengesetz, einschließlich der Ausweitung auf kleinere Unternehmen ab 2024.

Gute Arbeitsbedingungen im Welthandel gewährleisten

Die bestehenden Lieferkettengesetze in Deutschland und Europa adressieren jedoch nicht ausreichend die Missstände in den Arbeitsbedingungen und bieten wenig Transparenz. Eine dringende Überarbeitung ist erforderlich, um sicherzustellen, dass diese Gesetze angemessen die Arbeitsbedingungen auch entlang globaler Lieferketten insbesondere im Transportsektor berücksichtigen. Initiativen wie „Fair Übers Meer“ setzen sich hier für konkrete Verbesserungen ein, wie unbefristete Arbeitsverträge, Kranken- und Sozialversicherung im Urlaub, angemessene Mindestbesatzungen sowie längere Pausen- und Ruhezeiten.



Förderung des Fairen Handels ausbauen

Viele Produkte, die wir konsumieren, entstehen weiterhin unter zu kritisierenden Umständen: Arbeitsbedingungen sind oft miserabel, Löhne unzureichend, und die Gesundheit der Arbeiter*innen wird oft missachtet. Viele Arbeiter*innen im globalen Süden sind weder renten- noch krankenversichert. Weltweit müssen existenzsichernde Löhne, sichere Arbeitsumfelder und das Kinderarbeitsverbot dringend durchgesetzt werden. Unternehmen müssen verpflichtet werden, ihren Mitarbeitern Renten- und Krankenversicherungen zu garantieren. Nur etwa 10% der in Deutschland gehandelten Produkte stammen aus zertifizierten Fairem Handel. Dieser sollte als Instrument in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen und durch die Bundesregierung deutlich gefördert werden.

CO²-Preise auf Importe gerecht gestalten

Die CO²-Bepreisung für Importe in die EU ist grundsätzlich eine positive Initiative, um ausländische Produzent*innen zu einer umweltfreundlicheren Produktion zu motivieren. Jedoch muss bei der Umsetzung besondere Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer genommen werden, die oft nicht über die Ressourcen verfügen, eine CO²-arme Produktion zu realisieren. Hier sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Einnahmen aus der Bepreisung direkt für die CO²-Reduktion bei den Handelspartnern im globalen Süden genutzt werden können.

3. Ein global gerechtes Finanzsystem

Steueroasen ermöglichen multinationalen Konzernen, ihre Steuerverpflichtungen zu umgehen, was zu erheblichen Einnahmeverlusten für Staaten führt. Diese Mittel sind jedoch essentiell für die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, die zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) beitragen. Die Bekämpfung von Steuervermeidung ist daher von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung sollte sich aktiv für die Schließung von Steueroasen einsetzen und auf internationaler Ebene verbindliche Standards zur Transparenz und Berichterstattung für multinationale Unternehmen fördern. Dadurch wird nicht nur die Steuergerechtigkeit gestärkt, sondern auch die staatliche Handlungsfähigkeit erhöht, um die finanziellen Ressourcen effektiv für nachhaltige Entwicklung zu nutzen.

Vermögenssteuer und Mindeststeuer für Konzerne global einführen

Eine weltweite Vermögenssteuer könnte extreme Vermögenskonzentrationen reduzieren und die Einkommensverteilung gerechter gestalten. Die Einnahmen sollten gezielt in Entwicklungs- und Schwellenländer fließen, um dort nachhaltige Projekte zu unterstützen und Armut zu bekämpfen. Gleichzeitig wäre die Einführung einer globalen Mindeststeuer entscheidend, um einen Wettlauf zu immer niedrigeren Steuersätzen zu verhindern und sicherzustellen, dass alle Länder fair an den globalen Steuereinnahmen beteiligt werden. Die Bundesregierung sollte auf internationaler Ebene aktiv für die Einführung dieser Steuern werben und sich dafür einsetzen, dass sie effektiv umgesetzt werden, um globale Ungleichheiten zu reduzieren und die Finanzierung für nachhaltige Entwicklungsziele zu sichern.



Klimaschädliche Subventionen in Deutschland abbauen

In Deutschland fließen beträchtliche Mittel in klimaschädliche Subventionen wie die Dienstwagenpauschale. Diese Gelder könnten deutlich effektiver in nachhaltige Projekte und Maßnahmen zur Erreichung der SDGs investiert werden. Die Bundesregierung sollte eine konsequente Umleitung dieser Mittel in umweltfreundliche Technologien und Infrastrukturen vorantreiben. Dies umfasst die Förderung erneuerbarer Energien, nachhaltiger Mobilitätslösungen und energieeffizienter Gebäude. Durch eine gezielte Förderung dieser Bereiche kann Deutschland seine Klimaziele schneller erreichen und gleichzeitig die Wirtschaft auf eine nachhaltigere Basis stellen. Die Einsparungen aus der Umgestaltung der Subventionspolitik sollten zudem für Bildungs- und Aufklärungsprogramme genutzt werden, die das Bewusstsein für nachhaltige Lebensweisen stärken und die Bevölkerung zu einem aktiven Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung motivieren.

4. Gute Ernährung für alle

Die Bundesregierung hat bedeutende Anstrengungen unternommen, um im Agrarsektor höhere Umwelt- und Tierrechtsstandards zu etablieren. Es ist entscheidend, dass diese Standards kontinuierlich verbessert und strenger durchgesetzt werden, um die schädlichen Auswirkungen der Landwirtschaft weltweit weiter zu reduzieren.

Transparente Kennzeichnung und Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung vorantreiben

Ebenso wichtig ist die transparente Kennzeichnung tierischer Produkte und die Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung, besonders in der Außer-Haus-Verpflegung. Die Bundesregierung sollte Initiativen unterstützen, die Verbraucher*innen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Ernährung informieren und Anreize für eine umweltfreundliche Lebensmittelwahl schaffen.

Maßnahmen gegen den Export von Überproduktion ergreifen

Trotz europaweiter Standards durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bleibt die Überproduktion von tierischen Produkten wie Fleisch und Milch in Deutschland problematisch. Die Bundesregierung sollte sich für eine grundlegende Reform der GAP einsetzen, die auf eine nachhaltige, ressourceneffiziente Landwirtschaft abzielt und den Fokus auf lokale Märkte und Kleinbauern legt. Zudem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den Export von Überproduktion zu subventionierten Preisen in den Globalen Süden zu reduzieren und faire Handelsbedingungen zu fördern.

Ernährungssouveränität weltweit in den Mittelpunkt stellen

Die Bundesregierung sollte neben der in der Strategie genannten humanitären Nothilfe eine aktive Rolle bei der Förderung der Ernährungssouveränität weltweit übernehmen. Dies bedeutet nicht nur die Unterstützung von Kleinbauern und lokalen Produzent*innen, sondern auch die Förderung von Agrartechnologien und -praktiken, die die ökologische Nachhaltigkeit stärken. Zudem sollte Deutschland sich international für faire Handelspraktiken einsetzen und auf globaler Ebene für eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Chancen in der Landwirtschaft eintreten.